

25

Zeitzeugen erinnern sich

Das Zusammenwachsen zweier deutscher Berufsbildungssysteme in turbulenten Zeiten

BWP Mit der deutschen Vereinigung wuchsen auch zwei deutsche Berufsbildungssysteme zusammen. Als Generalsekretär des BIBB waren Sie, Herr Professor Schmidt, zusammen mit Verantwortlichen des Zentralinstituts für Berufsbildung (ZIB) gefordert, diesen Prozess mitzugestalten. Was waren damals vordringliche Anliegen?

SCHMIDT Der Mauerfall läutete eine unvergessliche Zeit ein. Wir erlebten im BIBB von heute auf morgen eine grundlegende Änderung unserer eigenen Rolle. War unser Betätigungsfeld zwanzig Jahre lang Hunderte Kilometer von unserem Standort Berlin entfernt in der Bundesrepublik, so befanden wir uns nun mitten in einem neuen Wirkungsfeld. Wir wurden für die Bundesregierung und ab Mai 1990 für die Regierung der DDR ebenso wie für persönliche Anliegen der DDR-Bürger in Fragen von Aus- und Weiterbildung eine zentrale Anlaufstelle. Die Begeisterung über das unerwartete Ereignis gab uns enorme Energien, allen neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Die Zusammenarbeit mit dem ZIB begann am 4. Januar 1990. Mein Stellvertreter, Professor Helmut Pütz, und ich verabredeten mit der Leitung des ZIB zahlreiche gemeinsame Projekte. Dazu zählte unter anderem die Einführung einer kaufmännischen Ausbildung für marktwirtschaftlich geführte Unternehmen in der DDR. Man hatte eine teilweise exzellente technische Ausbildung, aber es fehlte systembedingt zum Beispiel die Ausbildung für Industrie-, Handels-, Bank- und Versicherungskaufleute. Wir entwickelten Vorschläge, um die von Schließung bedrohten großbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen für überbetriebliche Ausbildung zu retten. Da Zuschnitt, Inhalte und Ausbildungsdauer der Berufe unterschiedlich waren, verglichen und entwickelten wir Pläne zur Vereinheitlichung. In den ersten Monaten 1990 gingen wir noch von einer Zusammenarbeit beider Institute in einer Konföderation beider deutscher Staaten aus. Nach den Volkskammerwahlen im Mai ging es nur noch um eine erträgliche Gestaltung der zunächst chaotischen Zustände, die der Beschluss der Volkskammer zur Übernahme unseres Berufsbildungsgesetzes zur Folge hatte. Am Ende des Jahres wurde das ZIB aufgelöst. Wir konnten 30 Kolleginnen und Kollegen ins BIBB übernehmen, leider gestand uns der Finanzminister keine weiteren Stellen zu. Dieser Zuwachs an Sachkenntnis stellte sich für uns als großer Glücksfall heraus. Ohne das hohe Engagement und die speziellen Kenntnisse dieser Mitarbeiter hätten wir die zahlreichen Anpassungsprobleme nicht annähernd so meistern können, wie es geschah.

**PROF. DR. DR. H.C.
HERMANN SCHMIDT**

von 1977 bis 1997 Generalsekretär
des BIBB



BWP Gab es bereits vor der Wende einen Austausch zwischen ZIB und BIBB?

SCHMIDT Seit Anfang der 80er-Jahre hatten wir vom BIBB aus jährlich Einladungen an das ZIB und alle Berufsbildungsinstitute des Ostblocks versandt. Einzig aus Polen erhielten wir Antwort. Der Direktor des Warschauer Instituts, Tadeusz Nowacki, besuchte uns ab 1984 regelmäßig in Berlin. Vom ZIB kam wie von den anderen Instituten keine Antwort. Nach dem Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1986 nahm das ZIB eine Einladung an. Direktor Wolfgang Rudolph und drei Kollegen trafen sich im Herbst mit uns für drei Tage auf »neutralem Boden« der Handwerkskammer Aachen. Thema war unter anderem die Neuordnung der Metallberufe, die gleichzeitig in der DDR und bei uns stattfand. Im Übrigen waren die Kollegen vom ZIB über unsere Arbeit weit besser informiert als wir über ihre.

Im Jahr 1987 richtete die DDR den ersten Berufsbildungskongress der UNESCO aus, auf dem ZIB- und BIBB-Mitarbeiter einander trafen und diskutierten. Im Jahr 1988 trafen wir gleich dreimal mit Kollegen des ZIB zusammen: bei einem Besuch des DDR-Staatssekretärs für Berufsbildung im Bildungsministerium in Bonn, bei einem Symposium in Bydgoszcz/Polen, wo ich erstmals an einer Konferenz der Institute aller Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe teilnahm, und auf Einladung von Professor Anweiler, Universität Bochum, zu Fachgesprächen über Fragen der Berufsbildungsforschung.

Als die Mauer fiel, waren die Institute einander nicht fremd.

BWP Noch vor dem Einigungsvertrag verabschiedete die Volkskammer im Juli 1990 die gesetzlichen Grundlagen des dualen Systems der Bundesrepublik durch Übernahme des BBiG und eines Berufsschulgesetzes. Warum diese große Eile und wie beeinflusste dies die Dynamik des Transformationsprozesses?

SCHMIDT Vor der Verabschiedung war ich mit anderen Sachverständigen zu einer Anhörung in der Volkskammer. Ich plädierte für ein schrittweises Vorgehen über mehrere Jahre, da bei sofortiger Inkraftsetzung alle Beteiligten das Gesetz ständig hätten übertreten müssen; es fehlten die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Umsetzung. Da stand ein Abgeordneter auf und antwortete: »Herr Schmidt, Sie haben ja recht. Aber sagen Sie das mal den jungen Leuten in meinem Wahlkreis. Die wollen den westdeutschen Facharbeiterbrief, und zwar sofort, weil sie sonst ihre Beschäftigungschancen gefährdet sehen.« Die chaotische Einführung des Systems, die in den Folgejahren viele Jugendliche veranlasste, zur Ausbildung nach Westdeutschland zu gehen, ist Geschichte.

Manche Chance der Systemoptimierung wurde damals durch unterschiedliche Interessen der westdeutschen Akteure und in der Hast der Entscheidungen vertan. Man hätte die Transformationsprobleme durch ein schulisches Berufsgrundbildungsjahr abmildern können, um vor allem den zahlreichen in Gründung befindlichen Kleinbetrieben die Mühen der Grundlagenvermittlung abzunehmen, die sie von einer Ausbildung abhielten. Doch das lehnten die westdeutschen Arbeitgeber und die Bundesregierung aus bildungspolitischen Gründen ab. Auch die durchaus attraktive Besonderheit »Facharbeiter mit Abitur« wurde – noch bevor die notwendigen Änderungen in der Durchführung diskutiert werden konnten – Opfer westdeutscher Interessen. Die Arbeitgeber sahen eine Gefährdung des Prüfungsprivilegs der Kammern, die Kultusminister die Gefahr einer Integration beruflicher und allgemeiner Bildung und eine Gefährdung ihres Prüfungsprivilegs für das Abitur. Auch die Berufsfachkommissionen der DDR wären aus unserer Sicht sehr vorteilhaft gewesen. Aber auch sie passten nicht in die westdeutschen Vorstellungen.

BWP Als BIBB-Generalsekretär hatten Sie viele Kontakte ins europäische und außereuropäische Ausland. Wie wurden die Entwicklungen in Deutschland dort aufgenommen?

SCHMIDT Das BIBB erlebte damals einen Besucheransturm von Berufsbildungsfachleuten aus aller Welt, die sozusagen eine Systemangleichung im Eilschritt beobachten wollten. Ein amerikanischer Kollege, Val Rust aus Seattle, stellte nach mehrwöchiger Rundreise durch die DDR fest: »You are really going to Anschluss East Germany«. Ich hielt beispielhaft den Volkskammerbeschluss zum Berufsbildungsgesetz dagegen, konnte ihn aber nicht überzeugen. Wir pflegten in jener Zeit ständigen Austausch mit den befreundeten Instituten in den USA, dem UK, Frankreich und Italien. Vor allem jene Länder, die das duale System gern auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten übernommen hätten, waren häufig zu Gast. Seit Anfang der 80er-Jahre hatte das BIBB bereits britische Ministerien bei dem Versuch beraten,

Formen dualer Ausbildung (»Youth Training Scheme«) im UK einzuführen. Enttäuschend war für unsere britischen Freunde wie für viele andere Besucher, dass es offenbar für zwei verwandte duale Systeme mit großen Schwierigkeiten verbunden war, zusammenzuwachsen.

Mit den USA mündete die Zusammenarbeit in den Folgejahren in eine intensive Beratung, als Präsident Clintons Arbeitsminister Robert Reich 1993 die gesetzlichen Grundlagen für die Entwicklung betriebsgestützter Ausbildung (»school-to-work-opportunities-act«) schuf.

Politisches Aufsehen erregte im Jahr 1990 der Besuch des stellvertretenden Bildungsministers der Sowjetunion, Professor Smirnov, im Europäischen Berufsbildungszentrum CEDEFOP. Smirnov, der nach dem Ende der UdSSR die Leitung des Berufsbildungsinstituts in Moskau übernahm, besuchte uns – inoffiziell, wie er betonte – im BIBB. Auch er interessierte sich vornehmlich für die Fragen des Systemtransfers der dualen Ausbildung, vor allem für die Modernisierung der Ausbildungsordnungen.

»» Das BIBB erlebte damals einen Besucheransturm von Berufsbildungsfachleuten aus aller Welt, die sozusagen eine Systemangleichung im Eilschritt beobachten wollten.««

BWP Wenn Sie heute auf diese bewegte Zeit zurückblicken: Lässt sich ein Fazit ziehen? Wo wurde trotz sich überschlagender Ereignisse klug gehandelt, wo weniger?

SCHMIDT Mangels Vergleichsmöglichkeiten lässt sich über die Chancen des Erfolgs von Alternativen nur spekulieren. Niemand hätte damals vermutet, dass 25 Jahre später noch die zurzeit existierenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen. Was die berufliche Bildung angeht, so bin ich nach wie vor stolz auf den beachtlichen Beitrag, den die Kolleginnen und Kollegen der beiden deutschen Berufsbildungsinstitute konkret für die damals in der Ausbildung befindlichen Jugendlichen und zum Zusammenwachsen der Systeme erbracht haben. Ich bewundere die enorme Anpassungsleistung der Berufsschulen und der zahlreichen freien Einrichtungen in den neuen Ländern, die viel abgedockt haben, was in der betrieblichen Ausbildung einfach nicht zu leisten war, und die erstaunliche Aufbauleistung der Kammern, die als strukturelles Rückgrat des dualen Systems in kürzester Zeit eine Registrierungs-, Aufsichts- und Prüfungsinfrastruktur geschaffen haben, ohne die alle betrieblichen Mühen vergeblich gewesen wären.

(Interview: Christiane Jäger)